

Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fortwährender Lieferung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Erscheinen bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Elsassgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Luxemburg M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50

Die Jahrgangspostens Konzeptionsarbeiten über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Anzeigenkosten. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anzeigenkosten. Verkaufte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Beläge 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Beläge in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Arbeiter-Zeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Schuldenfrage in Washington

Geneigtheit zum Schuldennachlaß?

EE. Washington, 26. November.

In amerikanischen Konferenzen wird die Frage immer wieder erwogen, ob die Angelegenheit der interalliierten Schulden in Washington erörtert werden soll oder nicht. Immer wieder hört man die Ansicht, daß dieser Gegenstand von der amerikanischen Regierung für diese Konferenz nicht vorgelegt werden sollte und daß die Angelegenheit ohne die Zustimmung der Amerikaner nicht erörtert werden könne. Aus amerikanischer Quelle wird die Anregung gegeben, daß der Abrüstungskonferenz eine andere folgen solle, die sich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Welt befassen sollte. Man verweist aber darauf, daß selbst bei Geneigtheit der amerikanischen Regierung, in dieser Angelegenheit mit ihren Schuldnern beratende Abmachungen zu treffen, sich die öffentliche Meinung dagegen wenden würde, daß man auf die Eintreibung der Schulden verzichte, und daß die Opposition im Kongreß jede Maßnahme unmöglich machen würde, die sich auf diese Frage bezöge.

Infolgedessen ist es den Amerikanern angenehm, daß der französische Hauptdelegierte Briand abreiste, ohne die Frage der interalliierten Schulden aufgeworfen zu haben. Eine Reihe privater Besprechungen hat seit Beginn der Konferenz stattgefunden, und sie scheinen ein Einverständnis darüber herbeigeführt zu haben, daß in dieser Frage ein Kompromiß gefunden werden müsse. Man glaubt, daß die Amerikaner auf die Hälfte ihrer Schuldenprüfung verzichten werden, falls die englische Regierung ihren Schuldnern gegenüber ein Gleiches tue. Bevor jedoch ein Kompromiß in dieser Hinsicht erreicht werden könne, müsse sich der Geist des gegenwärtigen Kongresses in radikaler Weise ändern. Man muß zu der Erkenntnis kommen, daß der gegenwärtige Stillstand im Geschäftsleben nur dann beseitigt werden kann, wenn die europäischen Löhne vermindert werden. Die Bankiers erklären, daß von den Vereinigten Staaten seit dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg an die veräußerten Mächte 1200 Millionen Pfund Sterling verliehen wurden. Man verweist darauf, daß man Amerika diese Beträge für Lebensmittel und Munition schulde und daß die Gewinne aus diesen Verkäufen in Amerika geblieben seien. Auf diese Gewinne sollte Amerika vor allem verzichten. Die heftigsten Opponenten gegen jeden Schuldennachlaß sind natürlich die Farmer und deren Vertreter im Kongreß. Man macht nunmehr Anstrengungen, um die Farmer zu überzeugen, daß auch ihre Rettung in einer Festigung des Außenhandels und der Verhältnisse liege, was aber nur durch einen Schuldennachlaß erfolgen könne. Gegenwärtig könnten die Farmer für ihre Produkte nur geringe Preise erzielen, ja, sie waren vielfach gezwungen, ihr Vieh mit Getreide zu füttern, weil die europäischen Staaten die Preise dafür nicht zahlen können. Man hofft infolgedessen, daß sich auch die Farmer recht bald den Fabrikanten und anderen Geschäftsgruppen anschließen mögen, damit diese einem Schuldennachlaß der Vereinigten Staaten um 50 Prozent zustimmen.

Wie aus weiteren Meldungen hervorgeht, sollen die Amerikaner mit einer Herabsetzung der Kriegsschulden der Alliierten einverstanden sein, wenn die Delegationen dem Abrüstungsplan ihre Zustimmung geben. Gegenüber diesen Nachrichten ist stärkste Zurückhaltung geboten. Ebenso zurückhaltend muß man gegenüber den Mitteilungen sein, daß eine zweite Konferenz in Washington geplant wird, zu der auch Deutschland eingeladen werden soll. Bei der allseitigen in Deutschland herrschenden Geneigtheit, sich weitgehenden Hoffnungen auf einen Schuldennachlaß hinzugeben, kann nicht entschlossen genug vor unbegründetem Optimismus gewarnt werden. Der letzte Endes nur dazu führt, daß man die Hände in den Schoß legt, die Steuerabotage der Kapitalgewaltigen ruhig weitergehen läßt und solange auf ein „Wunder“ wartet, bis die Wellen des finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs über ganz Deutschland zusammenschlagen.

Die Kreditaktion der deutschen Industrie

Eine Kritik des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Das Bulletin des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam nimmt in beachtenswerter Weise Stellung zu dem Verhalten der deutschen Industrie in der gegenwärtigen Finanzkrise und den Forderungen, die die deutschen Gewerkschaften demgegenüber aufgestellt haben. Es weist auf die Unterirdenarbeit der Gegenseite hin, die zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und dem Expansionsplan der Industrie bestehen und fährt dann fort:

Der Charakter des Staates als Machtinstrument entweder einer kleinen Schicht von Industriemagnaten und Finanzgewaltigen oder der Gesamtheit der produktiv-tätigen Volksguppen könnte nicht schärfer aufgezeigt werden als durch diesen Konflikt. Anstatt wie beim Kapitalismus mit militärischen Mitteln, versucht die Schwerindustrie, sich nun auf dem Wege des Verklebmonopols die Herrschaft über den Staat zu sichern, ein Verzicht, der, wenn er glückt, noch gefährlicher wäre als der erste Staatsstreik. Wieder sind es die freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten, die dieser Aktion ihre wirtschaftliche Macht

geschlossen entgegenstehen. Die Industrie weiß aber selbst, daß ohne Mitwirkung der Gewerkschaften ihr Plan nicht gelingen kann; er kann als gescheitert angesehen werden, wenn Arbeiter, Angestellte und Beamte von ihrer Macht entschlossen Gebrauch machen.

Die Arbeiter in allen Ländern stehen in schweren Verteidigungskämpfen. Nicht nur um die Errungenschaften der letzten Jahre geht dieser Streit, sondern in allen Industrieländern wagt sich der Feind an Stellungen heran, die längst außerhalb des Kampfbereiches zu liegen scheinen. Der Angriff der deutschen Industrie ist der bisher besterwogene Vorstoß gegen die öffentlichen Unternehmungen; seine Folgen, wenn er gelingt, können von verhängnisvoller Bedeutung für die Demokratisierung des Wirtschaftslebens sein. Die europäischen Arbeiter setzen ihr Vertrauen in die stärkste Gruppe der internationalen proletarischen Armee, daß sie nicht nur ihre Stellungen behaupten, sondern ihre Forderungen wirklich durchsetzen und einen Sieg erkämpfen wird, die über die nationalen Grenzen fortwirken und die Reaktion auch in den anderen Ländern zurückzuführen wird.

Dieser Appell der internationalen Gewerkschaften an das deutsche Proletariat wird zweifellos in allen Kreisen der deutschen Arbeiterchaft die stärkste Beachtung finden und den Widerstand gegen die reaktionären Bestrebungen des Kapitals verstärken. Das Vertrauen, das die Gewerkschaften der anderen Länder in die Schlagkraft und Fähigkeit der deutschen Arbeiterorganisationen setzen, wird durch diese nicht enttäuscht werden.

Der Arbeitsplan für Oberschlesien

Die wichtigsten Arbeiten abgeschlossen

Genf, 25. November (W. T. S.).

Die deutsch-polnische Konferenz erledigte heute ihre wesentlichen vorläufigen Aufgaben, das heißt endgültige Aufstellung des Arbeitsplanes und kam dabei zu dem von deutscher Seite befürworteten Beschluß, daß die Unterausschüsse ihre Sitzungen in Oberschlesien abhalten. Die Unterausschüsse, an der Zahl elf, werden sich folgende Aufgaben teilen:

1. Eisenbahnwesen.
2. Elektrizität und Wasser.
3. Währungsfrage.
4. Post, Telegraph und Telephon.
5. Zollwesen.
6. Kohle und Bergwerksprodukte.
7. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände.
8. Soziale Versicherung.
9. Grenzverkehr.
10. Gesetzgebung, Privatrecht und Rationalität und Wohnungsfrage.
11. Schutz der Kinderheiten.

Alle diese Kommissionen treten am 9. Dezember in Oberschlesien zusammen, mit Ausnahme der Kommission für die Kinderheiten, die nach Genf berufen wird. Später soll noch eine Unterkommission berufen werden, welche die Funktionen der gemischten Kommission, das Schiedsgericht und die anderen zwischenstaatlichen Organe zu prüfen und die Ausführung des Abkommens zu sichern hat. Voraussichtlich wird diese auch in Genf tagen. In den Ausschüssen führt abwechselnd ein Deutscher und ein Pole den Vorsitz. Es wird Sorge dafür getragen, daß der Präsident der Konferenz, Calonder, über die Arbeiten der Ausschüsse auf dem laufenden bleibt. Sie sollen ihre Arbeiten so früh fertigstellen, daß am 15. Januar die Gesamtkonferenz der Regierungsbevollmächtigten wieder in Genf zu einer zweiten Tagung zusammenkommen kann. Die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten werden dann dem Präsidenten ihre Vorschläge unterbreiten. Wie die kurze heute Abend von der Konferenz ausgegebene Mitteilung feststellt, wird der Text des Abkommens dann gemeinsam von den beiden Vertretungen mit dem Präsidenten Calonder aufgestellt werden, wobei der Präsident darüber zu wachen hat, daß dieser Text dem Beschluß der alliierten Mächte entspricht. Im Falle der Uneinigkeit zwischen den beiden Parteien soll der Präsident selbst den endgültigen Text festlegen.

Damit hätte die Konferenz ihre wichtigsten Arbeiten abgeschlossen. Sie wird daher nur noch am Sonnabend vormittag um 11 Uhr zu einer Schlußsitzung zusammentreten, in der allerdings jedenfalls noch einige Einzelfragen erörtert werden können. Dann wird sie sich sofort bis zum 16. Januar vertagen, was natürlich nicht ausschließt, daß eine Zusammenkunft nach Genf früher anbezaunt werden kann.

Die Konferenzmitglieder sind für heute Abend zu dem Leiter der Rechtsabteilung des Völkerbundes van Hamel zu Gast geladen. Die deutsche Abordnung reist morgen gleich nach der Sitzung nach Deutschland zurück.

Paris, 25. November.

Einer Havasmeldung zufolge hat die Völkerverkonferenz in Verantwortung einer Anfrage Calonders beschlossen, die Interalliierte Kommission in Opatow telegraphisch zu ersuchen, den Unterkommissionen für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen den Aufenthalt in Oberschlesien zu erlauben.

Schöne Seelen finden sich

Von Paul Lange

Aus der Kriegszeit her sind noch die Werbeschriften der wüsten deutschen Annektionsheer bekannt. Um diese natürlich auch im Auslande bekannte, kriegsverlängernde Annektionspropaganda den Arbeitern schmackhaft zu machen, engagierten sie sich in verschiedenen Fällen einige Rechtssozialisten als Mitarbeiter, die in diesen Annektionschriften über die Kriegsschuld der ausländischen Regierungen orakelten und die deutschen Arbeiter zum „Durchhalten“ aufpeitschten. Ich erinnere nur daran, daß es noch im Jahre 1918 der Rechtssozialist Dr. David und andere fertiggebracht haben, an einer Broschüre („Vom kommenden Weltfrieden“, Montanus-Verlag, Siegen und Leipzig) mitzuwirken, in der Fürst zu Salm-Horstmar gegen die weitere Demokratisierung des Wahlrechtes ankämpfte, Graf von Spee als Friedensziel den Kampf gegen sozialistische, staatssozialistische und kommunistische Bestrebungen bezeichnete, Dr. Gustav Stresemann ausführte, Hindenburg möge entscheiden, wie weit die deutschen Grenzen ausgedehnt seien. A. von Rieppel meinte in derselben Broschüre, Belgien müsse von Deutschland abhängig bleiben; Richard Mumm wünschte, Belgien in seine natürlichen Teile zu zerlegen; Herr Bacmeister verlangte, daß „Belgien militärisch, politisch und wirtschaftlich fest in deutscher Hand bleiben muß“; ferner wünschte er die Einverleibung von Brien und des Kohlenbeckens von Valenciennes in Nordfrankreich, und die zwangsweise Vertreibung der französischen Bevölkerung aus diesem Gebiete! Graf zu Hoensbroech aber erklärte in dieser Broschüre: „Nur auf der Macht, die wir uns in diesem Kriege erringen, darf sich das spätere Verhältnis zu unseren Gegnern aufbauen.“

Die Friedenswünsche des Grafen Hoensbroech sind in fürchterliche Erfüllung gegangen. Der trasse Machtstandpunkt kommt im Friedensvertrag wirklich zum Ausdruck. Damit sind jene wahnwitzigen deutschen Machtpolitiker natürlich nicht zufrieden. Die Macht soll außen- und innenpolitisch nur entscheidend sein, wenn sie in ihren Händen ist. Sie selbst verlangen, von ihren Gegnern in der inneren und der äußeren Politik nach dem Spruche behandelte zu werden: Liebet eure Feinde, segnet die euch fluchen.

Darum haben jetzt, im Herbst 1921, Freiherr von Persner, Graf zu Dohna, Dr. Gustav Stresemann, General v. Gallwitz, Dr. Hefflerich, Admiral v. Reuter, bayerischer Ministerpräsident a. D. v. Kahr, v. Lettow-Vorbeck, General v. Seekt, Dr. Sorge (Vorsitzender des durch seine „Kredithilfe“ bekannten Reichsverbandes der Industrie) usw. ein Buch „Verfall“; Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin) herausgegeben, das sie einen „Vollkommentar des Friedensabkommens“ nennen, obwohl es nur eine Zusammenstellung derjenigen Friedensbestimmungen ist, die sich am besten zur nationalistischen Seite eignen.

Wie es in der Kriegszeit bei den Annektionschriften der Fall war, so haben sich die Nationalisten auch für dieses Buch einige Rechtssozialisten gemietet: den Reichskanzler a. D. Hermann Müller, den Reichsstaatspräsidenten Löbe, den Reichswehrminister a. D. Roste, den „Vorwärts“-redakteur Stampfer, den Abgeordneten Hue.

Einige Stichproben aus dem Buche: Freiherr von Persner rühmt sich, am 3. Februar 1920 die französische Regierung durch sein Verhalten in der Frage, ob der Kaiser auszuliefern sei, provoziert zu haben. Roste stöhnt, weil Deutschland nach dem Friedensvertrage nur ein Heer von 100 000 Mann halten darf, über die Entwaffnung eines großen Volkes, das wehrlos gemacht worden sei. Auf der nächsten Seite klagt General v. Gallwitz:

„Die Arbeit von Jahrhunderten, das stolze Erbe der preussischen Könige und deutschen Landesfürsten, die feste Säule vaterländischen Empfindens, sie sind vernichtet... Die Kriegsakademie, die Kriegsschulen, die Kadettenanstalten, diese Pfanzhütten unseres Führertums, sind geschlossen. Unser von aller Welt bewundertes Generallstab, der Arbeitsboden eines Rostke und Schlieffens, aufgelöst und verboten!... Doch eins können sie uns nicht nehmen; unsere Geschichte, unsere Ueberlieferung, unsere Anhänglichkeit an des Kaisers Rod, den Geist von 1813 und 1914, unsern Willen zum Wiederaufleben. Dieser Wille wird stärker sein, als das Diktat von Versailles!“

Der wilde Annektionspolitiker Dr. Stresemann besetzt die geradezu groteske Dreistigkeit, in dem Buche darüber zu klagen, daß Luxemburg (das während des ganzen Krieges wider seinen Willen von Deutschland besetzt war) durch den Friedensvertrag gezwungen ist, nach Westen Anschluss zu suchen. General Hoffmann ist wenigstens anständig genug, zuzugeben, daß durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, Polen, Litauen, Lettland und Estland, in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis von Deutschland“ gekommen waren. Nach Dr. Hefflerich ist es ein unerhörter Frevel, wenn auch nur ein einziger Quadratmeter vor überwiegend von Polen bewohnten ehemals königlich preussischen Gebiets an die Republik Polen gekommen wäre.

Die nationalistischen Revanchepolitiker, die in ihrem Wahnsinn lieber heute als morgen gegen Frankreich und

